

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Er erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Vierfach-Wochenblatt)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königsstadt, Nr. 4720.

Nr. 15/16.

Berlin, Sonnabend, 20. Februar 1915.

Seibensundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Der englische Aushungerungsplan und die Arbeiter.
— Die Wohnung als Vorratsraum. — Aus der englischen Arbeiterbewegung. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands. — Literatur. — Anzeigen.

Der englische Aushungerungsplan und die Arbeiter.

Die gegenwärtige Kriegszeit zwingt sowohl die Reichsregierung wie die einzelnen Kommunalverwaltungen und auch das gesamte deutsche Volk, der Ernährungsfrage eine größere Aufmerksamkeit zu schenken, als das sonst in Friedenszeiten, unter normalen Verhältnissen, zu geschehen pflegt. Mit den Waffen in der Hand werden die Feinde Deutschlands in diesem Weltkrieg unser Vaterland nicht auf die Knie zwingen können. Sie versuchen es daher auf andere Art. England hat sich zum ausführenden Mordgesellen russischer Kautenbergschaft erniedrigt. England ist es, das mit seiner „Herrschaft auf dem Meere“ den verruchten Plan ausgeheckt hat, jede Lebensmittelfuhr nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu verhindern, so daß die Völker dieser Länder rettungslos dem Hungertode überliefert wären, wenn es ihnen nicht gelänge, die Mengen von Nahrungsmitteln, die zur Volksernährung erforderlich sind, sicher zu stellen. England will die Gemeinbeiten und Schandtatzen, die es im Burenkrieg begann, jetzt fortsetzen. Während jenes Krieges, der das Volk der Buren seiner Freiheit beraubte, war es das „gestittete“, auf seine Kultur pochende England, das Hunderte von Frauen und Kindern der Buren in Konzentrationslagern einsperrte und das diese Beschloßen in diesen Lagern durch Hunger und Kramarbeiten elend umkommen ließ. Das war kein Heldentum der Engländer und kein Rufmehlsblatt für Englands Geschick; es war feiger Mord mehrerer Frauen und Kinder gegenüber. Das muß gerade in der Jetztzeit mit aller Deutlichkeit und Schärfe hervorgehoben werden.

Einen gleichen Akt der Niedertracht und mittelalterlicher Barbarei will England jetzt am deutschen Volk, an seinen Frauen und Kindern begen. Da es aber nicht angeht, ein ganzes großes Volk in Konzentrationslagern einzusperrten, so versucht man auf andere Art den heldenhaften Widerstand Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu brechen. Jede Zufuhr von Lebensmitteln aus überseeischen Ländern nach Deutschland und seinen Verbündeten wird von England rücksichtslos abgeknippt. Die Seeräuberei wird von England als ein modernes Kriegsmittel zur Unterwerfung des Gegners in Anwendung gebracht. Alle Waren, die nur im geringsten vermuten lassen, nach Deutschland gebracht zu werden, wenn auch auf dem Umweg über neutrale Länder, werden von England mit Beschlag belegt und zum Nutzen des eigenen Landes verwendet. Gegen dieses räuberische Unwesen muß Vorgehung geübt werden, und diese Vorgehung hat am 18. Februar begonnen und wird hoffentlich den Erfolg haben, daß England es am eigenen Leib verspürt, was es heißt, in dieser Art gegen das deutsche Volk einen Raubzug einzuleiten. Wir haben festes Vertrauen zu unserer Seeres- und Marineleitung, daß die angefindigste Vernichtung englischer Schiffe in den als Kriegsgebiet erklärten Gewässern so wirksam sein wird, daß dem englischen Volk die Augen aufgehen müssen und daß die englischen „Lords“ das Verruchte ihrer Sondlungswege einsehen lernen.

Es war bei Ausbruch des Krieges mit England vorausgesehen, und es ist während der Dauer des Krieges immer klarer geworden, daß wir auf eine Einfuhr von Lebensmitteln für die Dauer des

Krieges nicht rechnen können. Die neutralen Staaten auf dem europäischen Festland können uns nur wenig oder nichts liefern. Sie haben ihre Vorräte für den eigenen Bedarf nötig, zumal da auch ihr Handel unterbunden ist und sie unter dem Krige wirtschaftlich ebenso, vielleicht noch mehr leiden müssen wie Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Wir sind somit auf die Erzeugnisse des eigenen Landes und auf die vorhandenen Vorräte angewiesen. Damit müssen wir auskommen, und wir werden damit auskommen, wenn jeder einzelne dafür Sorge trägt, daß keinerlei Vergeudung von Nahrungsmitteln vorkommt.

In den Jahren 1912/13 sind an Roggen und Weizen in Deutschland 2 522 978 Tonnen mehr eingeführt als ausgeführt worden. Wir brauchen somit zur Ernährung, einschließlich der Viehhaltung 2½ Millionen Tonnen dieser Getreideart mehr, als Deutschland selbst produzieren konnte. Rechnen wir die verschiedenen Getreidearten zusammen mit Mehl, Hülsenfrüchten und dergleichen, so sind in den Jahren 1912/13 mehr als 6 Millionen Tonnen mehr eingeführt als ausgeführt worden. Diese Einfuhr fällt jetzt fort, so daß Mittel angewendet werden müßten, um unsere Vorräte zu „strecken“. Zu diesen Mitteln gehören die Bestimmungen über die Herstellung unseres „Kriegsbrottes“, die Beschlagnahme und Verteilung der Mehl- und Getreidevorräte, das Verbot der Getreideverfütterung, die Festsetzung von Höchstpreisen, die Verteilung des Brotes u. a. m. Nach den Berechnungen volkswirtschaftlicher Statistiker muß unser Viehstand, unter entsprechender Schonung und Fürsorge für die Nachzucht, verringert werden, und zwar Schweine um 9 Millionen Stück, Rinder um 1 Million Stück. Diese Verminderung ist notwendig, um Nahrungsmittel, wie Getreide und Kartoffeln, die bei Aufrechterhaltung unseres Viehbestandes verfrachtet werden müßten, für die Ernährung der Menschen zu erhalten. Daher wird jetzt allenthalben darauf hingewiesen, daß das durch die Massenschlachtung gewonnene Fleisch konzentriert, als Dauerware verarbeitet und für längere Zeit aufbewahrt werden soll. Alle diese Maßnahmen dienen dazu, die Ernährung des deutschen Volkes für die Dauer des Krieges sicher zu stellen.

Was können nun die Arbeiter tun, um auch ihrerseits den englischen Aushungerungsplan zu nichte zu machen? Als selbstverständlich kann gesagt werden, daß die deutsche Arbeiterchaft aller Richtungen, genau so wie alle andern Gesellschaftskreise, den festen Willen hat durchzuhalten, bis Deutschland einen ehrenvollen und dauernden Frieden erkämpft hat. Die englische Drohung des Aushungerens schreckt auch die deutsche Arbeiterchaft nicht und gibt ihr keine Veranlassung, fleimnig in die Zukunft zu blicken. Sie ist sich des Ernstes der Lage genau so bewußt wie alle andern Staatsbürger, und sie will nicht, daß die unmöglichen blutigen Opfer dieses Krieges und die Erlage der deutschen Seere zu nichte gemacht werden sollen durch ein etwaniges Gelingen des englischen Aushungerungsplanes, an das aber nicht zu denken ist, wenn jeder in seinen Kreisen für die nötige Aufklärung sorgt und nach den gegebenen Anweisungen handelt. Die Arbeiterchaft weiß sehr wohl, daß auch die Dabeinbegleichen sehr viel zu einem siegreichen Ende dieses Krieges beitragen können, wenn sie die englischen Absichten zum Scheitern bringen. Das wird und das muß geschehen! Die Sparsamkeit ist von jeher in den Arbeiterfamilien eine notwendige Tugend gewesen, abgesehen von Ausnahmen, die auch in anderen Kreisen vorkommen. Hier handelt es sich

num weniger darum, mit dem Gelde zu sparen, sondern vor allen Dingen muß sparsam mit den Lebensmitteln im Haushalt umgegangen werden. Das haben die Arbeiterfrauen mit bescheidenem Einkommen allerdings schon immer tun müssen, aber trotzdem muß diese Mahnung jetzt in der Kriegszeit wiederholt werden: Sie richtet sich insbesondere auch an die Arbeiterfrauen, deren Männer ein höheres Einkommen haben, die nur eine kleine Familie besitzen und bei denen es nicht immer darauf ankommt, den Haushalt wirtschaftlich so rationell zu führen, daß auch kein Stückchen Brot verloren ging. An alle ergeht die Mahnung, mit allen, liebgewordenen Gewohnheiten zu brechen, nicht mehr Nahrungsmittel zu genießen, als zur Erhaltung des Lebens und der Arbeitskraft notwendig sind und alles Ueberflüssige zu vermeiden. Wird das überall beachtet, dann überdauern wir auch den längsten Krieg, oder, um ein Schlagwort zu gebrauchen, wir halten es dann einen Tag länger aus als unsere Feinde. Verhungern und notleiden soll und braucht niemand, dafür ist gesorgt. Aber unnütze Vergeudung muß unterbleiben; dann können wir durchhalten.

Bestimmte Kochrezepte empfehlen wir den Arbeiterfrauen nicht, dazu bietet sich anderweitig Gelegenheit genug. Zudem halten wir es auch gar nicht für durchführbar, überall nach einheitlichem System zu kochen, denn die Ernährung des Menschen richtet sich nicht nur nach dem Inhalt seines Geldbeutels, sondern auch nach örtlichen Verhältnissen, nach der Art seiner Arbeit, die er leisten muß, nach der Größe seiner Familie, nach dem Alter der Kinder und anderem mehr. Jedenfalls aber wird die deutsche Arbeiterchaft nicht zurückstehen in der Betätigung ihrer nationalen Pflicht mitzuhelfen, daß der teufliche Plan Englands an der Energie des deutschen Volkes scheitert. Unsere Söhne, Brüder und Freunde draußen im Felde müssen heute so vieles entbehren, und sie tun deshalb doch ihre Pflicht in höchstem Maße. Da können und müssen wir Dabeinbegleichen uns erst recht kleine Entbehrungen auferlegen. Es gilt, der deutschen Sache zum Siege zu verhelfen.

Gustav Hartmann.

Die Wohnung als Vorratsraum.

Die Wohnung des Tages ist: „Stapelt Vorräte auf!“ Das ist leichter gesagt als getan. Denn den Großstädtern wird es nicht leicht, diese Mahnung zu befolgen. Die meisten Großstadtwohnungen sind für das Aufstapeln von Vorräten leider nicht eingerichtet. Sie prunken wohl oft mit fälschlichem Stuck und Parkettfußboden, aber wichtige Bestandteile der Wohnung fehlen oder sind in einem derartig unvollkommenen Zustande, daß sie nicht benutzt werden können. Es würde sehr lehrreich sein, einmal zu zählen, wieviel großstädtische Wohnungen einen zur Aufbewahrung von Speisen und Früchten benutzbaren Keller besitzen, wie viele einen Boderraum haben, der zur Aufstapelung von Mundvorrat geeignet ist. Selbst Wohnungen in der Preislage von 500 bis 600 M. und höher hinauf fehlt in den Großstädten vielfach die bescheidenste Speisekammer; die kleineren Mieter kennen viele Notwendigkeit eines geordneten Haushalts überhaupt nicht. Man darf also fragen: Soll denn unter solchen Umständen die breite Masse des Volkes Vorräte für Monate hinaus aufstapeln; etwa im Wohn- oder Schlafraum oder in der Küche?

Alle Lebensmittelvorräte, die für längere Zeit, also für Monate aufbewahrt werden sollen, verlangen einen ihrer besonderen Art entsprechenden Aufbewahrungsraum. Man kann geräucherete Fleischwaren, etwa ganze Schinken, Speck, Rauch-

fleisch und Würste, nicht in der Küche oder in Wohnräumen oder gar, wie wir es in Dresden sahen, im Badezimmer aufbewahren. Derartige Waren verlangen einen trockenen, luftigen Wohnraum. Auch Mehl und allerlei Kolonialwaren verlieren nur in derartigen Räumen auf längere Zeit nichts von ihrem Wert; Gemüse, wie Kohl, Kürbis und anderes, dessen stärkere Verwendung als Nahrungsmittel und möglichst lange Aufbewahrung jetzt empfohlen wird, halten sich gleich Kartoffelböräten nur im Keller frisch.

In Wohnungen, die weder brauchbare Keller, noch Wohnraum und nicht einmal eine Speisekammer besitzen, ist es also sehr schwer, für längere Dauer Vorräte aufzustapeln. Bisher haben die Großstädterinnen diesen Mangel wenig empfunden; jetzt, wo sie für die nächsten Monate bis in den Sommer hinein sorgen sollen, macht er sich ihnen sehr unangenehm bemerkbar. Die Folge wird sein, daß sie sich besonders von Dauerfleischwaren nur sehr geringe Vorräte hinlegen.

Auch hier rächt sich also die, sagen wir „Sorglosigkeit“ mit der man Großstadtwohnungen baut. Außen allerlei geschmacklosen Brumk und Plumber und innen fehlt es an Notwendigsten. Die Bevölkerung selbst und die Bauvereine und Bauunternehmer sind hieran nicht ohne Schuld. Auch die Baubehörden sollten bei der Prüfung der Baupläne für mittlere und kleine Wohnungen rot und vorschlagen. Man sollte aus den gegenwärtigen Erfahrungen eine Lehre ziehen. Nieber kein pompöses Treppenhaus und keine Probenscharfste, als an dem sparen, was zu einer rechtlichen Familienwohnung gehört.

Auch abgesehen von den Wohnungen des Tages und den Erfordernissen der Gegenwart, hat der hier gerügte Mangel eine soziale Bedeutung. Eine Hausfrau, der es an geeigneten Aufbewahrungsräumen fehlt, ist gezwungen, alle Waren für die Küche in kleinen Mengen einzukaufen. Sie bezahlt diese bei solchem Einkauf natürlich viel teurer, als wenn sie größere Einkäufe macht. Wer ein genaues Haushaltsbuch führt und rechnen kann, wird den Unterschied in seinen Ausgaben leicht feststellen können. Es wird im Laufe eines Jahres ein Geldbetrag erspart, der bei den gestiegenen Lebensmittelpreisen in vielen Familien ins Gewicht fällt. Es ist der Rat erteilt, die Fleischer zu bestimmen, für ihre Kundschaft die von dieser gekaufte Dauerware monatlang aufzubewahren. Das werden nur wenige Fleischer können, da es auch ihnen an den geeigneten großen Aufbewahrungsräumen fehlt. Auch das großstädtische Fleischergeschäft ist heute auf schnellen Umsatz aller Waren angewiesen; es ist nicht darauf eingerichtet, der Kundschaft im neuwertigen Umfang die verlangte Gefälligkeit zu erteilen. Man kann es daher begreifen, daß die Gemeinden vom Bundesrat aufgefordert sind, bei dem heutigen starken Auftrieb von Schlachtvieh wenigstens für einen ihrer Bevölkerungszahl angemessenen großen Vorrat von Dauerfleisch auf eigene Rechnung zu sorgen, das bei Fleischknappheit an die Einwohner abgegeben werden soll.

Diese Fürsorge ist anzuerkennen, aber besser wäre es, wenn jeder Einzelhaushalt in der Lage wäre, sich Vorräte nach eigenem Ermessen hinzulegen. Heute fehlen, selbst wenn Wille und Mittel vorhanden sind, dazu meistens die geeigneten Aufbewahrungsräume. Aus diesem Grunde wird wohl auch die zeitgemäße Wohnung: „Stapel Fleischvorräte auf!“ vielfach ohne Erfolg bleiben. Auch hier wird man die minderbemittelte Bevölkerung, die unter den Mängeln des Wohnungswehens leidet, in Zukunft durch ein Zusammenwirken der Behörden mit gemeinnützigen Vereinen, durch die Presse und eventuell durch Maßregeln gegen Preis treibereien schillen müssen.

Aus der englischen Arbeiterbewegung.

Während die deutsche Arbeiterbewegung unterchiedslos mit Beginn des Krieges in vollem Bewußtsein ihrer nationalen Pflichten alle Kämpfe einstellte, gärt es unter den englischen Arbeitern unaufhörlich. Bald hier, bald dort droht es zum Streik zu kommen, und die Behörden haben alle Hände voll zu tun, um ernste Kämpfe zu verhüten. Die Ursachen liegen auf der einen Seite in der ungeheuren Steigerung der Preise für Lebensmittel und unentbehrliche Gebrauchsgüter, andererseits darin, daß die Arbeiter beobachten, wie gewisse Spekulanten ungeheure Verdienste einheimen. Der Konflikt im Kohlenbergbau von Yorkshire ist noch nicht endgültig beigelegt. Wohl haben die Unternehmer Entgegenkommen gezeigt; auf einer Anzahl Gruben aber sind die Forderungen strikte abgelehnt worden, so daß hier der Ausbruch des Streiks immer noch möglich ist. Das zeigt auch die Tatsache, daß in dem Bezirke die Beiträge zur Organisation nicht unwesentlich er-

höht sind, um die eventuell streikenden Mitglieder wirksam unterstützen zu können.

Dagegen scheint es gelungen zu sein, die Lohnbewegung der Arbeiterinnen in der Kaffee-Webstoffindustrie zu Leeds, die ebenfalls schon in ein ernstes Stadium geraten war, durch Bewilligung der Forderungen zu verhüten. Sehr kritisch sieht es dagegen noch immer im Transportgewerbe aus, trotz der behördlichen Mahnungen. Die Eisenbahner haben von den Eisenbahngesellschaften in keineswegs sanfter Form eine Erhöhung ihrer Bezüge gefordert. Jetzt soll nach langwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung zustande gekommen sein, durch die zunächst die geforderte Erhöhung des Lohnes um 5 Schilling pro Woche den Arbeitern bewilligt, gleichzeitig aber die Erwartung ausgesprochen wird, daß sich die Eisenbahner schließlich mit 3 Schilling wöchentlich Zulage begnügen werden.

Wie die Bewegung auch ausgehen möge, so zeigt sie ebenso wie diese kleinere doch, daß in der englischen Arbeiterbewegung eine tiefgehende Erregung vorhanden ist, die außer den bereits oben angedeuteten Ursachen noch auf einige andere Momente zurückzuführen ist. Unter den belgischen Flüchtlingen, die nach England gegangen sind, befinden sich auch eine Menge Arbeiter, die um jeden Preis Beschäftigung annehmen. Sie werden von gewissenlosen Unternehmern deshalb bevorzugt, vorzüglich dadurch die Einheimischen oder drücken doch erheblich auf die Löhne. Dazu kommt das Bestreben, die Frauenarbeit immer mehr einzuführen, auch dort, wo sie bisher nicht üblich war. Und endlich wird die Kinderarbeit in einer Weise ausgebeutet, wie es bisher selbst in dem auf diesem Gebiete nicht sehr hart behandelten England nicht üblich war. Das bekannte Ehepaar Webb schreibt darüber in seiner Wochenschrift „New Statesman“ am 23. Januar, daß in Leeds steigendem Maße 12-, 11-jährige Knaben aus der Schule weggenommen und zu landwirtschaftlicher, wenn nicht gar Fabrikarbeit verwendet werden. Die Schulgebühre gibt das Recht, daß unter gewissen Verhältnissen Kinder vom 11. Lebensjahre ab vom Schulbesuch entbunden werden können, wenn die Beschäftigung für sie von Nutzen ist. Die Unterrichtsbehörden waren jedoch bisher mit ihren Bewilligungen meist zurückhaltend. Jetzt scheinen sie aber überall sehr entgegenkommend zu sein. Wie es heißt, sehen die den Schulbesuch überwachenden Beamten dabei ob, die Erfüllung der Schulpflicht durch Elf- und Zwölfjährige, die mit Feldarbeiten beschäftigt werden, zu erzwingen, oft sogar auf ausdrücklichen Befehl der Distriktsbehörde oder auf bloßen Wink der Nachbarn hin. Die Namen der Schulkinder werden einfach ohne weiteres vom Schülerverzeichnis gestrichen. Und das geschieht, während gleichzeitig genug unbeschäftigte Arbeiter in den Städten vorhanden sind. Wie rüchellos man vorgeht, zeigt die Tatsache, daß in Darlaston die Unternehmer um die Erlaubnis eruchten, 11-12-jährige Kinder in Schraubenmutter- und Bolzenfabriken beschäftigen zu dürfen.

In der Arbeiterbewegung machen wie gesagt alle diese Dinge böses Blut. Der Sekretär des allgemeinen Verbandes der Trade Unions schrieb dieser Tage, daß sich die Arbeiter dies nicht bieten lassen dürfen, oder aber die Regierung müsse ihnen die nötigen Mittel gewähren, um die Lebensverhältnisse, die während des Krieges schlechter geworden sind, wieder auf das normale Niveau zurückzubringen. Die Trade Unions hätten die Regierung, soweit es ging, unterstützt; aber es sei jetzt verlangt, daß nun auch noch Frauen an die Stelle von Männern gestellt werden sollten, die an der Front kämpfen. Schließlich würden die Arbeitgeber alles daran setzen, um die Frauen auch nach Beendigung des Krieges in der Arbeit zu behalten. Wegen der mißbräuchlichen Beschäftigung der Kinder wurde eine Deputation der Arbeiter im Unterhaus vorbestellt. Die Antwort, die sie auf ihre Beschwerden erhielt, war keineswegs entgegenkommend. Im Gegenteil — der Herr Vorsitzende des Unterhauses erbat die Unterstützung der Deputation für die weitere Zulassung der Kinderarbeit, da es an einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Arbeiter mangelte. Das Unterhaus werde die nötigen Untersuchungen anstellen und veranlassen, daß die Beschäftigung der Kinder eine letzte sei. Aber den Kindern müsse erlaubt werden, während kurzer Perioden der Schule fern zu bleiben, und erst wenn die Umstände es gestatten, sollten sie in die Schule zurückkehren. Und diese Antwort war möglich, obgleich die Deputation gerade auf den mangelhaften Unterricht hingewiesen hatte. Die Arbeiterpresse ist denn auch über das Verhalten der Behörden empört und fordert direkt zur Sammlung von Geldbeträgen für die Bekämpfung der Ausbeuter auf.

Jedenfalls zeigen alle diese Vorgänge, wie so ganz verschieden sich jetzt das Wirtschaftsleben bei uns und drüben in England abspielt. Die deutschen Arbeiter haben während des Krieges wahrlich nichts zu lachen; im Vergleich zu den Zuständen jenseits des Kanals aber sieht es bei uns denn doch günstig aus. Zu verbessern braucht man sich deshalb auch nicht, wenn man immer und immer wieder von Konflikt in England liest. Die Erklärung dafür liegt in den geschichtlichen Verhältnissen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 19. Februar 1915.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände geben noch täglich in der Redaktion ein. Ihre Einreichung hat sich zum Teil dadurch verzögert, daß neue Schriftführer ihre Abfassung vornehmen mußten. Mit Rücksicht darauf ist auch bis jetzt mit ihrer Besprechung gewartet worden. Sollen indessen die Berichte ihren Zweck nicht verfehlen, so muß die Besprechung in nächster Zeit erfolgen. Deshalb müssen die jetzigen Schriftführer, die noch einen Tätigkeitsbericht einsenden wollen, dies nunmehr umgehend tun. Die Berichte, die bis zum 1. März eingehen, können noch mit Berücksichtigung werden; eine spätere Einreichung hat keinen Zweck. Um ein möglichst anschauliches Bild von der Tätigkeit in der Organisation gewinnen zu können, ist es wünschenswert, daß noch recht viele Ortsverbands-Schriftführer sich der Mühe unterziehen, einen Bericht zu geben.

Eine Art Arbeitsgemeinschaft ist erfreulicherweise auch zwischen den verschiedenen Verbänden der Bergarbeiter zustande gekommen. Sämtliche Organisationen, d. h. der Alte Verband, der christliche Gewerbeverein, unser Gewerbeverein und die Polnische Berufsvereinigung haben gemeinsam eine ausführlich begründete Eingabe an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe gerichtet, in der er um geeignete Schritte gebeten wird.

Daß zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Bergbaus ein Einigungsamt errichtet wird. Als Aufgabe des Einigungsamtes käme die feilsche Vermittlung und Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit und der persönlichen Behandlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Bergbaus, bzw. den beiderseitigen Organisationen ergeben, in Betracht.

Eine weitere gemeinsame Eingabe an den Stellvertreter des Reichsanwalters betrifft die Brotverforgung für Bergarbeiter. Der für Westfalen festgesetzte Satz von 3 1/2 Pfund Brot pro Kopf und Woche reicht für die Bergarbeiterfamilien nicht aus. Die Bergarbeiter müssen danach mit Einschluß des Weges zur Grube und wieder heim 10 Stunden und länger mit dem halben Pfund Brot auskommen. Bei Fabrikarbeitern, überhaupt bei Tagesarbeitern, mag und wird der Mangel an Brot durch andere Speisen, so durch ein Mittagsgeld wettgemacht werden, das heißt, wenn die Löhne ausreichen, die dazu nötigen Lebensmittel zu beschaffen. In die Grube aber kann kein warmes Essen gebracht werden, da, abgesehen von dem Kohlenstaub, der Menschen und Orte bedeckt, einzelne Arbeitspunkte so weit entfernt sind, daß von einem Einschleppen von Mittagessen keine Rede sein kann. Deshalb, so wird in der Eingabe weiter bemerkt, reicht der Satz von einem halben Pfund Brot pro Tag für die Bergarbeiter nicht aus und wird der Stellvertreter des Reichsanwalters ersucht, dahin zu wirken, daß den Bergarbeitern eine größere Gewichtsmenge Brot abzugeben wird. Dies wäre zu bewerkstelligen, indem ein entsprechender Vermerk auf der Brotkarte gemacht wird, oder aber es müßten die Bergarbeiter Gelegenheit erhalten, ihre Schicht zu unterbrechen und am Tage warme Speisen zu sich zu nehmen. Wir wünschen beiden Eingaben guten Erfolg, möchten dabei aber gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck geben, daß das gute Einbernehmen zwischen den Bergarbeiterorganisationen, das in diesen gemeinsamen Eingaben zum Ausdruck kommt, den Krieg überdauert.

Eine Heraussetzung der Höchstpreise für Kartoffeln hat der Bundesrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, und zwar um nicht weniger als 1,75 Mt. für den Zentner Speisefartoffeln. Begründet

wird diese Maßnahme damit, daß bei dem Mangel an Futtermitteln und dem verhältnismäßig niedrigen Preise der Speisekartoffeln die Gefahr bestand, daß der Vorrat an Speisekartoffeln im großen Umfang als Viehfutter verwendet wurde. Es kommt aber in erster Linie darauf an, daß in den nächsten Monaten Speisekartoffeln für die menschliche Ernährung vorhanden sind.

In derselben Verordnung sind schon jetzt Höchstpreise für inländische Frühkartoffeln, die in der Zeit vom 1. Mai bis 15. August geerntet werden, auf 10 Mk. festgesetzt, damit den Städten ein Anreiz gegeben werde, möglichst viel Frühkartoffeln zu bauen, die in den Monaten Juni und Juli für die Volksernährung zur Verfügung stehen.

Diese Maßnahme wird von der arbeitenden Bevölkerung als eine große Gärte empfunden. Dieselbe erkennt ohne weiteres die Notwendigkeit an, daß mit den vorhandenen Nahrungsmitteln hauswirtschafterisch umgegangen werden muß. Wenn die Regierung sich bei dem Getreide zu einer Beschlagnahme der Kartoffelvorräte und zu einer zweckmäßigen Verteilung derselben entschließen hätte, so hätte man dies allenfalls verstehen können. Die Heraushebung der Höchstpreise wird eine derartige Verteuerung der Kartoffeln zur Folge haben, daß allerdings der Zweck der größeren Sparsamkeit mit den vorhandenen Vorräten insofern erreicht wird, als die ärmeren Schichten weniger Kartoffeln kaufen und essen werden, weil sie zu geringe Mittel zur Verfügung haben. Daß damit aber die Gefahr einer schädlichen Unterernährung in bedrohliche Nähe rückt, liegt ebenfalls auf der Hand.

Der Kriegsausfluß für Konsumenteninteressen empfindet angesichts der bevorstehenden Massenabschlachtungen in einer Eingabe an den Reichszentralrat allerhand Gefrier-, Rauch- und Vorkochfleischbetriebe zur Erhaltung der Fleischbestände für die städtische Bevölkerung. Er spricht sich darin gegen die von Interessentenkreisen angestrebte ausschließliche Verarbeitung des besten Fleisches zu Konserven aus, um die erwünschte Vielfältigkeit in der Ernährung zu erhalten und der Gefährdung oder Vernichtung großer Fleischmengen durch unangemessene Behandlung in Kriegsgelegenheitsbetrieben vorzubeugen. Dagegen sollen die Landwirte oder ihre Organisationen über ihre bisherige Produktion hinaus, ferner städtische Fleischer, Fleischverarbeitungs-Unternehmungen und die Stadtverwaltungen selbst unter Hinzuziehung der Fleischerrinnungen und auf Grund besonderer Lieferungsbedingungen Fleisch in großen Maßstäben einschalten. Die im schweizerischen Nordwestdeutschland vielfach vorhandenen Häuser mit Strobdächern, die nach Urteil landwirtschaftlicher Sachverständiger zu Räucherwärrern im großen benutzt werden können, will der Kriegsausfluß weitgehend unter Staatsbeihilfe mit Räucherwärrern ausgestattet wissen. Ferner sollen durch behördliche Beschlagnahme alle verfügbaren Räume in Brauereien und auf dem Lande in Brennereien, Stärkeräumen und Zuckerraffinerien etc. zu Gefrier- und Räucherwärrern umgebaut und verwendet werden. Schließlich regt der Kriegsausfluß an, daß zur Durchführung aller derartigen Maßnahmen die beteiligten öffentlichen Körperschaften und Wirtschaftsorganisationen eine Kriegsbewirtschaftungs-Gesellschaft gründen, die als Kontroll- und Verteilungsstelle der Gesamtheit der Fleischverbraucher und -Produzenten große Dienste leisten könnte.

Künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise. Es scheint das Schicksal aller Höchstpreissetzungen sein zu sollen, daß sie zu spät kommen. Der mit ihnen erreichbare Zweck wird ganz oder teilweise verfehlt, weil die Höchstpreissetzungen erst dann zu kommen pflegen, wenn die Voraussetzungen zu ihrer Wirksamkeit längst nicht mehr oder doch nicht mehr ganz gegeben sind. Als im vergangenen Herbst eine sehr zischere Spekulation sich der Kartoffel bemächtigte, wurde die Forderung auf Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln zwar erfüllt, aber leider erst dann, als das sonst gewöhnlich gültige, in Kriegszeiten aber fatale Gesetz von Angebot und Nachfrage einen Preisstand herbeigeführt hatte, der wieder mit dem Bedürfnissen des Verbrauchs, noch mit dem Gebrauchswerte der Ware zu vereinbaren war. Zugleich ist die Notwendigkeit eingetreten, den Verbrauch von Fleisch und Brot den verfügbaren Beständen anzupassen. Es kam die behördliche Verordnung über das Schlachten von Vieh, um durch die verminderte Verfüllung von Getreide die menschlichen Nahrungsmittel zu verlängern; es kam die Anregung an die Gemeinden,

sich mit Dauerware von Fleisch zu versehen, und schließlich wurden die vorhandenen Getreide- und Mehlbestände in behördliche Verwaltung genommen. Es besteht nun aber ein nicht zu übersehender Widerspruch in den Aufforderungen zur Sparsamkeit, wenn nichts geschieht, um eine zwar hauswirtschafterische, aber doch ausreichende Ernährung zu sichern. Was nützt das viele Getreide von der Notwendigkeit zu sparen, wenn die unentbehrlichsten Nahrungsmittel nicht mehr zu kaufen sind, weil — nun weil für sie unerschämte hohe Preise gefordert werden. Rechtzeitig festgesetzte Höchstpreise für Vieh und Fleisch hätten allen Verbrauchern gedient; das Fehlen der Höchstpreise aber füllte einigen rührigen Spekulanten die Taschen. Höchstpreise für Mehl hätten die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis nicht um das Dreifache steigen lassen. So aber fiel die Bevölkerung den Ausbeutungsgelüsten einiger Spekulanten zum Opfer. Jetzt sind auch noch höhere Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt, um deren Verwendung als Viehfutter zu verhindern. Ja, aber ein Weiter beantwortete die Frage: Was soll denn noch als Nahrung Verwendung finden? Die Forderung auf Sparsamkeit und Einschränkung verträgt sich nicht mit stets steigenden Preisen für unbedingt notwendige Nahrungsmittel. Statt höhere Höchstpreise für Kartoffeln, Aufnahme der vorhandenen Bestände und, wenn nötig, Verwaltung der Bestände durch die Behörden; ferner baldige Festsetzung von Höchstpreisen für Mehl und Fleisch, dann ist einige Sicherheit gegeben, daß alle Angehörigen unseres Volkes vom Vorrat zehren können. Aber auch hier drängt sich die Erkenntnis auf, daß die gesamte Bedarfsdeckung der Spekulation entzogen werden muß. Die Konsumvereine haben hier das Ihrige getan, jetzt mögen alle Verbraucher an der Vollendung dieser Arbeit mitarbeiten.

Eine der besten Liebesgaben für unsere Feldgrauen ist und bleibt die Beteiligung bei der Deutschen Kriegsversicherung der gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung. Auch für den mit Schippe und Gade ausgehenden, ungeduldeten Landsturm ist sie nicht allein wegen der vergrößerten Erkrankungsgefahr erwünscht; das beweisen die letzten Verlustlisten, die eine große Anzahl von gefallenem und verwundeten Landsturmarbeitern melden.

Auf mehrfache Anfragen hin können wir mitteilen, daß die Deutsche Kriegsversicherung die Beteiligung während der ganzen Kriegsdauer zuläßt. Diese Anfragen erklären sich wohl daraus, daß dem Vernehmen nach einzelne Kriegskriegsbesessenen im Gegenzug dazu Anmeldungen nicht mehr annehmen. Die Versicherung bei der Deutschen Kriegsversicherung ist also weiter noch möglich und wird mit der Einzahlung bei jedem Deutschen Post- oder Feldpostamt auf ihr Postkontokonto „14“ in Berlin sofort wirksam.

Verborgenen sei noch, daß die Deutsche Kriegsversicherung die Versicherungssumme auch dann auszahlt, wenn der Tod der versicherten Kriegsbesessener infolge einer Erkrankung eintritt, die mit dem Kriege in keinem Zusammenhang steht. Durch diese Vergünstigung ist den unerquidlichen Ermittlungen vorzubeugen, die den Kriegskriegsbesessenen nicht erspart bleiben werden, die solche Sterbefälle von der Beteiligung ausschließen. Im Interesse der Versicherten wäre erwünscht, wenn dieses Verfahren der Deutschen Kriegsversicherung allseitige Anwendung findet.

Die Einzahlungen betragen mindestens 5 Mk. und steigen in Zwischenstufen von 5 zu 5 Mk. bis zu einer Höchstanzahlung von 200 Mk. Ist die durchschnittliche Kriegskriegsbesessenen nicht größer als sie während des Feldzuges 1870/71 war, so wird der 25fache Betrag auf den Sterbefall ausgeschüttet werden können. Ein genauer Satz läßt sich aber auch heute noch nicht angeben.

Die Eisenbahnen und der Krieg. Daß das Eisenbahnwesen im Organisationsplan der deutschen Heeresleitung eine ganz hervorragende Rolle gespielt hat, ja daß die erfreulichen Fortschritte unserer siegreichen Werts zu einem erheblichen Teile auf den tadellos funktionierenden Apparat der Eisenbahnverwaltungen zurückzuführen sind, sind unbestrittene Tatsachen. Da dürfen einige Zahlen über das preislich-behäftete Eisenbahnwesen interessant sein, die einer dem preislichen Angeordnetenaufzuge zugegangenen Uebersicht entnommen sind. Danach hatten Ende März 1914 die preussisch-heftischen vollstürigen Eisenbahnen eine Länge von über 39 000 Kilometer. Das durchschnittliche Anlagekapital betrug 1913 12,6 Milliarden Mark. An Lokomotiven waren vorhanden über 22 000, an Personenzugmaschinen fast 45 000, an Gepäckwagen

über 13 600 und an Güterwagen rund 490 000. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 2557 Millionen Mark, die Gesamtausgaben auf 1770 Millionen Mark, so daß ein Ueberschuß von rund 787 Millionen Mark verblieb. Das durchschnittliche Anlagekapital verzinst sich mit 6,39 Proz. gegen 7,17 Proz. im Jahre 1912. Die Fahrartensteuer erbrachte einen Ertrag von 16 500 000 Mk.

Der Einfluß des Kriegsausbruchs macht sich in folgenden Zahlen geltend, die gleichzeitig auch eine Erklärung für die anfängliche Geschäftsstockung und Arbeitslosigkeit geben: Der Monat August brachte zunächst mit einer Einnahme von 42,5 Mill. Mark für den Personenverkehr einen Ausfall von 32,7 Mill. Mark, mit einer Einnahme von 58,1 Millionen Mark für den Güterverkehr einen Ausfall von 82,7 Mill. Mark gegenüber dem August 1913. Auch im September ist der hemmende und schädigende Einfluß des Krieges deutlich erkennbar. Der Personenverkehr erlitt bei einer Einnahme von 32,7 Mill. Mark einen Ausfall von 33,3 Mill. Mark, der Güterverkehr bei einer Einnahme von 99,2 Mill. Mark einen Ausfall von 45,1 Mill. Mark gegenüber dem September 1913. Das Ergebnis für das erste Halbjahr des laufenden Rechnungsjahres (das Rechnungsjahr läuft von April bis Ende März) stellte sich sonach in runden Zahlen für den Personenverkehr auf 350 Mill. Mark oder 52 Mill. Mark weniger, für den Güterverkehr auf 700 Mill. Mark oder 135 Mill. Mark weniger.

In den darauf folgenden drei Monaten haben sich die Verkehrseinnahmen erheblich verbessert und sind die Ausfälle immer geringer geworden. Im Oktober bezifferte sich die Einnahme aus dem Personenverkehr auf 36,5 Mill. Mark oder 22,5 Mill. Mark weniger, die Einnahmen aus dem Güterverkehr auf 125,2 Mill. Mark oder 30,7 Mill. Mark weniger als im Oktober 1913. Im November blieb der Ertrag des Personenverkehrs bei einer Einnahme von 36,6 Mill. Mark um 12 Mill. Mark, der Ertrag des Güterverkehrs bei einer Einnahme von 114,4 Mill. Mark um 26,2 Mill. Mark, im Dezember 1914 die erstere Einnahme nur noch um 11,7 Mill. Mark, die letztere nur noch um 6 Mill. Mark hinter der Einnahme des Dezember 1913 zurück. Somit ergibt sich für die neun Monate April bis Dezember für den Personenverkehr eine Einnahme von rund 466 Mill. Mark, für den Güterverkehr eine Einnahme von 1061 Mill. Mark. Die Ausfälle gegenüber dem Vorjahre betragen demnach für den Personenverkehr rund 204 Mill. Mark. Wenn man berücksichtigt, daß die beiden Monate August und September allein im Personenverkehr einen Ausfall von 66 Mill. Mark, im Güterverkehr einen Ausfall von nahezu 130 Mill. Mark gehabt haben, muß der günstige Einbruch der Entwicklung in den drei folgenden Monaten besonders ersichtlich werden, und das Gesamtbild, das die Verkehrseinnahmen in den Monaten April bis Dezember 1914 gewähren, darf wohl zu der Hoffnung berechtigen, daß die bisher eingetretenen Ausfälle in dem noch ausstehenden Rest des Rechnungsjahres nur eine verhältnismäßig geringfügige Erhöhung erfahren werden.

Die 540. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, in der Singakademie (Am Festungsgraben 2) statt. Es werden mitwirken: Fräulein Marianne Geyer (Vieder zur Laute), Herr Emil Kühne (Rezitation).

Aus dem Verbande.

Berlin. Der englische Ausschungsplan und die deutschen Arbeiter lautet das Thema, das am Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in einer großen Gewerbetreierversammlung im Verbandshaus, Greifswalderstraße 22/23, zur Erörterung steht. Referenten sind die Kollegen Hartmann und Reußert. Es gilt, die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft des deutschen Volkes zu stärken und Aufklärung zu verbreiten über die Notwendigkeit einer noch sparsameren Verwendung der Lebensmittel. Es ist deshalb notwendig, daß nicht nur die Gewerbetreier, sondern von Groß-Berlin recht zahlreich erscheinen, sondern daß sie auch ihre Frauen mit in die Versammlung bringen. Gleichgültigkeit ist jetzt nicht am Platze, sondern jeder einzelne muß seine Pflicht tun. Deshalb darf wohl mit Bestimmtheit erwartet werden, daß die Berliner Gewerbetreier dem Rufe zu dieser Versammlung in Massen Folge leisten.

Chemnitz. Eine für Gewerbetreibenden wichtige Entscheidung hat kürzlich das hiesige Gewerbeamt unter Mitwirkung unseres Kollegen Wagner getroffen. Die Chemnitzer Kaffeehausbesitzer haben sich infolge der Rechtsprechung des Gewerbeamtes schon vor längerer Zeit dazu bequemen müssen, ihren Kellnern eine kleine monatliche Vergütung zu zahlen. Der Kriegsausbruch war für einige von ihnen bei

